№ 165. Montag den 19. Juli 1847.

Zeitung des Großherzogthums Posen.

Druck und Verlag der Hof-Buchdruckerei von W. Decker & Comp. Verantwortlicher Redakteur: G. Müller.

Inland.

Berlin, den 16. Juli. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Den seitherigen Regierungs-Rath von Tettau in Liegnitz zum Ober-Regierungs-Rath und Abtheilungs-Dirigenten der Regierung zu Erfurt; und den Rittergutsbesitzer Theodor Livonius zu Bromberg zum Kommerzien-Rathe zu ernennen.

Se. Hoheit der Herzog Georg von Mecklenburg-Strelitz und Se. Hoheit der Herzog Wilhelm von Mecklenburg-Schwerin sind von Neu-Strelitz hierher zurückgekehrt. — Der außerordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister am Königlich Neapolitanischen Hofe, Kammerherr Freiherr von Brockhausen, ist von Stettin hier angekommen. — Se. Excellenz der General der Infanterie und Gouverneur von Berlin, Freiherr von Müffling, ist nach Erfurt, und der Schloßhauptmann von Breslau, Graf von Schaffgotsch, nach Breslau abgereist.

(Die östlichen drei Großmächte.) — Was sich bei der Betrachtung der jüngst veröffentlichten Declarationen von Oesterreich, Rußland und Preußen über die Krakauer Angelegenheit als bemerkenswerth herausstellt, ist, daß diese drei Mächte sich immer noch als engverbündete und gleichmäßig konservative Mächte in denselben darstellen. Die Begebenheiten der neuern Zeit schienen dies in Zweifel zu stellen. Oesterreich vermied es, durch eine Heirath mit Rußland in engere Verbindung zu treten; seine Antipathie gegen die Russischen panslawistischen Tendenzen und Gelüste rücksichtlich der Türkei ist bekannt. Preußen ergriff ebenfalls mehrere Maßregeln gegen die Russische Handelspolitik, befestigte sich an den Russischen Grenzen, befolgte in seinen Polnischen Besitzungen ganz andere Verwaltungsgrundsätze und wendet sich immer mehr liberalen Institutionen zu. Auf der andern Seite meidet der Russische Hof bei seinen Reisen im vorigen und diesem Jahre sichtbar die Preußischen Staaten, die militairischen Sympathien zwischen beiden Herren sind gänzlich erloschen, und der Czaar als Chef eines Preußischen Kürassier-Regiments nimmt an demselben nicht mehr den frühern Antheil, sondern beschränkt sich darauf, seinen Beitrag zur Regimentsmusik zu geben. So hätte man wohl in Deutschland meinen können, die frühere Allianz zwischen den Deutschen Großmächten und Rußland sei verschwunden, um so mehr, als jetzt nicht blos diese, sondern auch England, ja selbst Frankreich factisch conservative Mächte sind. Die Declaration über Krakau scheint das Gegentheil zu beweisen. Sie stellt die drei Staaten als verbündet dar. Wir werden jedoch kaum irren, wenn wir glauben, daß sie solidarisch nur rücksichtlich der Polnischen Frage verbunden sind. Dies erfordert ihr Interesse. Allerdings ist für den Weltfrieden zu wünschen, daß sie es auch in andern, ja in allen Beziehungen sein möchten. Dieser Wunsch gehört jedoch zu den frommen, denn die Interessen dieser drei Staaten sind von Natur so verschieden und werden es durch den Fortschritt der Zeit in dem Maß immer mehr, daß auf eine entente cordiale zwischen ihnen in allen Punkten nicht zu rechnen ist. So viel steht indessen fest, daß die Deutschen Großmächte an sich mächtig genug sind, um ihre Interessen, namentlich die des gemeinsamen Deutschen Vaterlandes, gegen jeden Feind auch ohne Rußland, selbst gegen dasselbe zu vertheidigen.

Posen, den 13. Juli. (K. Z.) Seit einiger Zeit haben sich hier wieder mehrere Russen eingefunden, welche die öffentliche Meinung, obgleich man noch kein von früher her bekanntes Gesicht darunter bemerkt hat, als Kundschafter der Russischen Regierung bezeichnet; mit ihrem Erscheinen hat sich zugleich das Gerücht verbreitet, daß der Kaiser im Laufe des Juli nicht nur Warschau besuchen, sondern bei dieser Gelegenheit auch einen Ausflug nach Berlin machen werde, und dadurch wäre ihr hiesiger Aufenthalt allerdings erklärt; denn das weiß man aus alter, langer Erfahrung, daß kein Russe des Vergnügens halber uns hier besucht. Allein es könnten auch außerdem noch manche andere Gründe für die Russische Regierung existiren, ihre Agenten hierher zu senden.

Berlin, den 11. Juli. Die Wechselwirkung zwischen Berlin und dem Vereinigten Landtage hat sich während der Dauer des letztern meist auf den Kreis des Privatvergnügens beschränkt. Die verschiedenen Versuche, die von dem Anfangs beabsichtigten städtischen Zweckessen bis zu einem ähnlichen Abschiedsessen gemacht wurden, scheiterten sammt und sonders. Es kamen allerdings einige improvisirte Zusammenkünfte zwischen Landtags-Mitgliedern und Berliner Insassen zu Stande, aber zu einem dauernden größern und öffentlichen Verkehr kam es nicht, wenn man nicht etwa die Garten-Concerte und sonstige öffentliche Lustorte dahin rechnen will, wo sich allerdings einheimisches Publikum und zahlreiche Bruchstücke oder Fraktionen des Landtags, um diesen solennen Ausdruck zu gebrauchen, in gemeinschaftlichem Raume zusammenfanden. — Außerdem gab es nur noch Verbindungen auf Grund von Privatinteressen. Man hat viel von dem Einfluß gesprochen, den der Landtag auf den politischen Sinn der Capitale üben würde; es verhält sich hiermit aber ähnlich wie mit dem moralischen Einfluß, den man dem Landtage im Allgemeinen zuschreiben möchte. Sogenannte moralische Einflüsse sind in der Regel queckfilberner Natur, und der Berliner Witz weiß sich gegen ernste Einflüsse von Außen zu schützen; deshalb glauben wir auch nicht an die Behauptung, daß Berlins politische Bildung von dem Vereinigten Landtage Gewinn gezogen habe; höchstens könnte sich dies auf zwei unter den drei Berliner Deputirten erstrecken, die übrigens auf dem Landtage den richtigen Ausdruck hiesiger politischer Intelligenz gebildet haben. Vom Ernst der Situation, die hinter uns liegt, ist die hiesige Bevölkerung weniger ergriffen worden, als vom Witz, der sich gegenwärtig in ächt Berliner Weise über jene Situation vernehmen läßt. Zwei literarische Unternehmungen dieser Art, „Herr Fischer auf dem Landtage“ und „Nante und Brenneke“, beide angemessen illustrirt reproduciren jetzt den Landtag auf gut Berlinisch, und finden den ungetheilten Beifall unter der Masse fast weniger als unter denen, die durch solchen Beifall ihren Bildungsgrad ausdrücken wollen. Es geht der Absatz dieser Berliner Spekulationen in vielen Tausenden von Exemplaren, wie denn ein hiesiger Buchhändler allein von den Eckensteher-Gesprächen zwischen Nante und Brenneke über 2000 Nummern abgesetzt hat, und zwar nicht blos an hiesiges Publikum, sondern auch an Diplomaten und Staatsmänner nach anderen Hauptstädten innerhalb und außerhalb Deutschlands, wie z. B. besonders nach Wien, was sich allerdings aus der Neigung der hohen Herren zu so unschuldigen Volkswitzen erklären läßt; je höher man steigt, um so mehr steigt die Unschuld.

Berlin, den 12. Juli. Der Verein der hiesigen Veteranen zur Bestattung ehemaliger Krieger aus den Freiheitskämpfen hat sich getrennt und zu zwei Corporationen konstituirt, und zwar in solche, welche der allerhöchsten Erlaubniß gemäß die bewilligte Uniform tragen werden, und in solche, welche von dieser Erlaubniß keinen Gebrauch machen wollen. — Das Befinden des Kultusministers Eichhorn ist seit kurzem nicht erwünscht; derselbe soll sehr leidend sein. — Nach einer Verordnung im neuesten Postamtsblatt dürfen die Geldsendungen nach Frankreich nicht in Briefen, sondern in Leinen oder Wachstuch verpackt, und müssen von besonderen unversiegelten Adressen begleitet sein; weder die Geldpakete, noch die Adressen dürfen schriftliche Mittheilungen enthalten.

Der hochverdiente Staatsminister Rother, welcher vor einigen Tagen lebensgefährlich erkrankte, befindet sich jetzt zur allgemeinen Freude wieder in Besserung.

Berlin. — Da jetzt auch das Ministerium der geistlichen Angelegenheiten eine Zeitschrift herausgiebt, so hat nun fast jedes unserer Ministerial-Departements sein eigenes Blatt. Das des Innern wird vertreten durch das Ministerialblatt für die gesammte innere Verwaltung, das der Finanzen durch das Centralblatt, das der Justiz durch das Justizministerialblatt, das des Kriegs durch das Militairwochenblatt. Für das Ministerium der geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten hat Herr Eichhorn seine Mittheilungen, für das Postwesen Herr v. Schaper sein Postamtsblatt. Auch das Landesökonomiekollegium giebt eine Zeitschrift heraus. Es fehlt mithin nur ein Departement in diesem Verzeichnisse, das des Auswärtigen.

In dem politischen Stillleben der Provinz Sachsen machte bisher Naumburg fast allein eine Ausnahme; auch jetzt, wo die Provinz dem Gang und den Resultaten des Vereinigten Landtags eine viel geringere Aufmerksamkeit zuwendet als den Symbolstreitigkeiten, zeichnet sich Naumburg durch eine Adresse an Vincke, Schwerin, Helldorf, Hansemann, Beckerath aus, worin es (nach der Köln. Ztg.) unter anderem heißt: „Vier Kränze sind es, welche wir Ihnen winden. Sie haben 1) der Bureaukratie den Schleier der Undurchdringlichkeit entzogen. Sie haben 2) unserem König sein Volk wiedergegeben. Sie haben 3) unsere unverjährbaren Verfassungsrechte gewahrt. Sie haben endlich 4) unsere Rede- und Religionsfreiheit, die sparsam bisher gehegte, zu einem neuen Aufschwung erhoben. Und Alles dies haben Sie gethan, nicht von dem glatten Boden der bloßen Theorie, sondern von dem festen Acker des Rechts und immer nur des Rechts aus. Empfangen Sie dafür unsern hingebendsten Dank.

„Diejenige Idee", sagt eine Nordd. Ztg., „welche durch die Verhandlungen des ersten Preuß. Reichstags die entschiedenste Niederlage erlitten hat, ist die Idee des christlichen Staates in seiner neuesten dogmatischen Fassung." Nicht wahr!

Berlin, den 15. Juli. Das Jubelfest zur Feier des hundertjährigen Bestehens der Berliner Bürger-Schützengilde seit deren Wiederherstellung durch Friedrich den Großen wird am 20sten bis 23sten d. M. stattfinden, und sind alle Vorbereitungen und Anordnungen getroffen, dasselbe auf einige würdige und glänzende Weise zu begehen.

Um für die Jubelfeier und für sämmtliche Theilnehmer an derselben ein bleibendes Andenken zu schaffen, soll ein Erinnerungszeichen in Silber ausgeprägt und jedem Theilnehmer eingehändigt werden. Diejenigen Schützen der einzelnen Gilden, welche als beste Schützen am Königsschießen theilgenommen haben, erhalten eine besondere Decoration. Zur Beschaffung der Denkmünzen und Preise für den König und für die Ritter, wie zur Beschaffung der vorgenannten Decorationen, auch zur Bestreitung anderer vorkommenden Ausgaben, zahlt eine jede an dem Feste theilnehmende Gilde bei ihrer Anmeldung einen Beitrag von „acht Thalern Preuß. Courant" und sendet solchen portofrei ein. Außerdem entrichtet ein jeder Theilnehmer, zur Bestreitung der Kosten der Musik, für das einem jeden Einzelnen zu überreichende Erinnerungszeichen und andere hiermit in Verbindung stehende Ausgaben einen Beitrag von zwei Thalern. Der Betrag für jedes einzelne Couvert beim Königsmahle ist auf 1 Rthlr. 15 Sgr. festgesetzt. Zu dem zu veranstaltenden Silberschießen wird die hiesige Gilde drei Hauptpreise aussetzen und solche aus ihren Fonds beschaffen; die übrigen Gewinne werden durch Einlagen der Theilnehmer angeschafft. Ein Jeder derselben zahlt einen Thaler ein und erhält dafür 2 Schüsse. Die Summe der geschossenen Ringe giebt auch hier, wie beim Königsschießen den Ausschlag bei der Entscheidung über die besten Schüsse.

Berlin, den 15. Juli. Der dritte Februar und der eilfte April werden für Preußen keinesweges vorübergehende Momente bilden, für welche es nur ein Interesse des Augenblicks gegeben hat, sondern die Wirkung beider Tage und ihre Folgen zeigt sich schon jetzt als eine sehr nachhaltige, so daß selbst alle Diejenigen, welchen sonst nur die eigene Existenz und der persönliche Gewinn etwas gelten, wie dies hier in Berlin namentlich von einem großen Theil der Einwohner bisher nicht mit Unrecht gesagt werden mußte, fortwährend die Verhandlungen des Vereinigten Landtages im Auge haben. Dies zeigt am besten die weite Verbreitung, welche die Sammlungen seiner Verhandlungen in der ganzen Monarchie finden. — Wenn es sich bestätigen sollte, daß bei dem bevorstehenden Polenprozeß das Publikum wegen des beschränkten Raumes im Gerichtssaale nur gegen Karten zugelassen werden soll, so dürfte diese Maßregel wohl einer sehr verschiedenen Beurtheilung unterliegen. Die jetzt eingeführte, fast uneingeschränkte Oeffentlichkeit würde doch dadurch jedenfalls wieder eingeschränkt, indem ein neues Privilegium an die Stelle des eingegangenen der Juristen treten würde. Der zu große Andrang beseitigt sich übrigens wohl dadurch von selbst, daß in den Zuschauerraum nicht mehr Personen eingelassen werden, als er eben faßt. Auch möchte sich bei der voraussichtlich längeren Dauer des Prozesses und der entfernten Lage des Sitzungssaales der Andrang sehr vertheilen. Bemerkt sei noch bei dieser Gelegenheit, daß bei dem s. Z. hochberühmten, vor dem hiesigen Kassationshof geführten Jonkschen Prozeß die Oeffentlichkeit der Verhandlungen durchaus nicht durch die Ausgabe der Einlaßkarten beschränkt wurde. Das Publikum erlitt, obschon der Andrang höchst bedeutend war, keinen Nachtheil und — was die Hauptsache war — das Prinzip der Oeffentlichkeit wurde nicht erschüttert.

Der große Polen-Prozeß wird am 2. August beginnen und soll es die Absicht sein, die Angeklagten gruppenweise dem mündlichen Verfahren der Art zu unterwerfen, daß ihre Gegenwart bei den Verhandlungen der folgenden Gruppen nicht mehr nöthig, sondern etwa später vorkommende Indizidenzpunkte von ihren Vertheidigern wahrgenommen werden können. Von hiesigen Justiz-Kommissarien werden Gall und Lewald die meisten Vertheidigungen übernehmen; ob von Rheinischen Advokaten, unter denen besonders Pelzer von Aachen genannt wird, einige sich bei der Vertheidigung betheiligen werden, ist noch ungewiß. (Magd. Z.)

Berlin, den 16. Juli. Vor einigen Tagen wurde dem in Düsseldorf in Garnison stehenden Regimentsarzte Dr. Richter die Auszeichnung zu Theil, Sr. Majestät dem König in Sanssouci vorgestellt zu werden und seine, von uns bereits erwähnte Schrift, welche Reformvorschläge für das Militair-Medizinalwesen, besonders über den Unterricht und die Verwendung der Krankenpflege der Armee enthält, überreichen zu dürfen. Auch Se. Königl. Hoheit der Prinz von Preußen geruhte denselben neulich hier zu empfangen. Es dürfte dem Dr. Richter nicht leicht ein anderer Militairarzt an die Seite gestellt werden können, der mit so vieler Wärme und Aufopferung für die gute Sache in die Schranken getreten wäre, was auch auf seiner Reise durch viele Beweise der Dankbarkeit seiner Kollegen anerkannt wurde, und besonders in München, Karlsruhe, Darmstadt, Dresden, Kassel und Berlin der Fall gewesen sein soll. — Wie verlautet, werden die öffentlichen Sitzungen in der Polen-Untersuchung nunmehr am 2. k. M. beginnen, und Karten zum Eintritt in den Audienzsaal nicht ausgetheilt, vielmehr so weit als es der Raum gestattet, Jedermann zugelassen werden. Die Vertheidiger sind, so viel bekannt, jetzt von den meisten Angeschuldigten gewählt: für die Rheinischen Advokaten Pelzer und Esser wird es jedoch einer anderweitigen Wahl bedürfen, da diese nachträglich die Uebernahme von Vertheidigungen abgelehnt haben sollen. — Nachdem bereits das Kammergericht, wie vor einiger Zeit von uns gemeldet, in den Prozessen der Stargard-Posener Eisenbahn-Gesellschaft wider die ihren Verpflichtungen nicht genügenden Actionaire, in erster Instanz die Verklagten nach dem Klageantrag verurtheilt hatte, hat nunmehr auch das hiesige Stadtgericht in ein und zwanzig Prozessen der Stargard-Posener Eisenbahngesellschaft das Urtheil erster Instanz verkündet und die Verurtheilung der verklagten Actionaire ausgesprochen. (Spen. Z.)

Berlin, 15. Juli. (Schl. Z.) Wir sind jetzt in den Stand gesetzt, über die an den Freiherrn v. Vincke ergangene Herausforderung, so wie deren Erfolg, Näheres mitzutheilen. Ein Assessor jüdischer Herkunft hat, wie wir dies auch schon früher erwähnt, an v. Vincke, in Folge seiner verletzenden Charakterschilderung der Juden, ein Schreiben gerichtet, in welchem er dem Beleidiger auseinandersetzt, daß die Westphälischen Juden, die ihm bei seiner Aeußerung etwa vorgeschwebt, nicht mit den Juden überhaupt zu verwechseln sein. Sollte er jedoch letzte schlechthin gemeint haben, so fühle er sich in seiner Familie schwer gravirt und sei entschlossen, daß, wenn ihm nicht eine Genugthuung gegeben werde, er sich dieselbe nehmen werde. Herr v. Vincke hat darauf in einem Schreiben eine zufriedenstellende Erklärung abgegeben; wolle der Briefsteller sich hiermit nicht beruhigen, so werde er in gewisse Eventualitäten eingehen, falls ihm dieselben deutlich gestellt würden. Der Assessor machte hierauf Herrn v. Vincke, als Zeichen der erhaltenen Genugthuung, eine Visite, und hinterließ bei ihm, da er ihn nicht traf, seine Karte, worauf nun v. Vincke dem Assessor wiederum seinen Besuch machte. Die Sache wäre demnach beigelegt. — Es kann jetzt aus guter Quelle versichert werden, daß der Polenprozeß sich vollständiger Oeffentlichkeit zu erfreuen haben wird. — Briefe aus Westphalen lassen vermuthen, daß die Tochter des Bürgermeisters Tschech von ausländischen Geistlichen über die diesseitige Grenze geschafft worden sei. (Nach anderen Nachrichten hätte sie sich von einem Franzosen aus Camen, wo sie bei dem dortigen evang. Pastor wohnte, entführen lassen.) Zur Begründung dieser Vermuthung wird der heimliche Uebertritt derselben zur römisch-katholischen Kirche angegeben.

(Aach. Z.) Die Präventiv-Verhaftung, gegen deren maßlose Anwendung wir seit 20 Jahren schrieben, hat endlich bei uns in der Residenz seit Einführung der Oeffentlichkeit auf eine so erfreuliche Weise abgenommen, da sie kaum den vierten Theil gegen früher beträgt.

(Publ.) Die mündlichen Verhandlungen in dem Hochverrathsprozesse wegen der letzten Polenverschwörung werden nunmehr, wie man hört, am 31. Juli mit Vorlesung der Anklageschrift beginnen, wobei sämmtliche Angeklagte zugegen sein werden. Den spätern Verhandlungen werden dieselben dagegen nur gruppenweise beiwohnen, je nachdem sie bei den einzelnen speziellen Anklagepunkten complicirt sind. Der erste Beweis-Termin steht den 2. August an, zu welchem die Vorladungen an die Zeugen bereits erlassen sind. Es sollen auch viele Entlastungszeugen in Vorschlag gebracht sein. Die Berliner Advokatur ist übrigens bei der Vertheidigung jetzt ziemlich zahlreich vertreten und es findet, wenn wir nicht irren, am heutigen Tage eine Zusammenkunft der Vertheidiger statt, um über den zu befolgenden Vertheidigungsplan sich zu verständigen.

Halle, den 15. Juli. (Hall. C.) Vorgestern Nachmittag 2 Uhr beehrten JJ. MM. der König und die Königin auf ihrer Reise nach Dresden unsere Stadt. Da alle Empfangs-Feierlichkeiten untersagt waren, so waren nur der Ober-Bürgermeister und die Militärbehörden zugegen.

Königsberg, den 12. Juli. (Z. f. Pr.) Hr. Roßteutscher, welcher früher in Breslau aus der evangelischen Kirche zu der deutsch-katholischen übergetreten war, hielt am 10ten seine zweite Gastpredigt in der hiesigen deutsch-katholischen Gemeinde, und wohnte am Freitag dem Vorsitz der Frei-Evangelischen bei. — (K. Z.) Das erste hier in der freien evangelischen Gemeinde getraute Paar, die Schreiterschen Eheleute, sind in übler Lage. Der Mann erwartet jeden Augenblick die Polizei, welche ihn in das Gefängniß zu führen gedroht hat, wenn er nicht seinen Austritt aus der evangelischen Kirche erklärt. Er ist ruhig und gefaßt, und will sein Recht, ein evangelischer Christ zu sein, nicht aufgeben. Die Frau aber, vor 8 Tagen von dem Kindbett genesen, ist vor der polizeilichen Androhung des Gefängnisses erkrankt und ruft in ihrer Fieberhitze: „Man will mir mein Kind nehmen, man führt mich in das Gefängniß."

Neisse. — Am 7. Mai d. J. wurde ein hiesiger Einwohner (Vater von 6 Kindern) plötzlich von Inquisitoriats- und Polizeibeamten aufgehoben. Eine genaue Durchsuchung seiner Papiere, auch in seiner Sommerwohnung, fand statt. Mehrere Wochen war es unmöglich zu erfahren, ob derselbe sich in der Frohnfeste befinde oder irgendwohin abgeführt worden. Er ist im vorigen Monate vorläufig und seit einigen Tagen auf seinen Antrag mit dem lakonischen Bescheide: „Ihren Bestimmungen über Art und Zeit Ihres Aufenthalts steht von unserer

Seite kein Hinderniß entgegen. Neiße den 18. Juni 1847. Kgl. Inquisitoriat." völlig auf freien Fuß gestellt worden. Der Mann ist durch das Herausreißen aus seinem Geschäftskreise mit seiner zahlreichen Familie im wörtlichen Sinne an den Bettelstab gebracht und jetzt mit einer Immediat-Beschwerde an Se. Majestät über widergesetzliche Verletzung persönlicher Freiheit beschäftigt. Zu seiner Zeit will er das Ergebniß in einer besonderen Broschüre veröffentlichen.

Merseburg. — (Z.-H.) Der Kriminal-Senat des Königl Ober-Landes-Gerichts zu Naumburg veröffentlicht unter Aufführung der Namen und Strafen das rechtskräftige Urtheil gegen 39 Individuen wegen Theilnahme an dem in Merseburg am Abend des 21. April c. stattgehabten Tumulte, so wie wegen des bei dem Auflaufe desselben Tages verübten Unfugs. Unter den 39 Bestraften befinden sich wiederum die bedeutende Zahl von 15 Weibern, gegen die von 6 Monaten Zuchthaus bis 4 Wochen Gefängniß erkannt ist. Von den 14 Männern wurden 4 mit 3 Jahre Zuchthaus und 20 Peitschenhieben, 6 mit Einstellung in eine Straffektion auf 4, 2 Jahre und 10 Monate und 20 Stockhieben, 10 mit 6 Monaten Zuchthaus bis 2 Monate Gefängniß und 15 Peitschenhieben bestraft. Weitere 5 erhielten 4 Monat bis 6 Wochen Gefängniß.

Münster, den 11. Juli. Der Weihbischof Müller hat die Wahl zum Bischof von Münster angenommen, und es wird, da seine Bestätigung von Seiten des Papstes unzweifelhaft ist, wohl in den nächsten Monaten bereits die Intronisation desselben erfolgen.

Düsseldorf, den 13. Juli. Die Königliche Regierung macht in Betreff des den Landtagsdeputirten der Rheinprovinz zugedachten Festes Folgendes bekannt: „In Nr. 188 der Düsseldorfer Zeitung vom 9. d. M. findet sich die von einem Comité unter dem 4. d. M erlassene Einladung zu einem am 1. k. M. hierselbst zu feiernden Volksfeste, mit den darin bezeichneten politischen Zwecken. Da solche Zolksfeste nach dem Allerhöchsten Patente vom 25. September 1838 und dem dadurch bekannt gemachten Bundesbeschluß vom 5. Juli desselben Jahres (Gesetzsammlung S. 216 u. folg.) ungesetzlich sind so wird hierdurch jede Theilnahme daran untersagt. Düsseldorf, den 10. Juli 1847.

Königl. Regierung, Abtheilung des Innern, Fasbender."

Düsseldorf, den 14. Juli. Das in der gestrigen Düsseldorfer Zeitung publizirte Verbot der Theilnahme an dem für den 1. August beabsichtigten Volksfeste zu Ehren der gesammten Rheinischen Landstände, wozu von Seiten des dazu gebildeten Comité's bereits die Einladungen und Subskriptionslisten in Umlauf gesetzt waren, ist den Meisten sehr unerwartet gekommen und verursacht daher vielfaches Besprechen. Die Comité-Mitglieder wollen nicht einsehen, daß sie gerade durch ihr Programm dem Fest einen politischen Charakter aufgedrückt haben, der die Anwendung des Bundestags-Beschlusses herbeiführte, und wie verlautet, will man versuchen, eine Rücknahme des Verbots zu erwirken. Dagegen ist ein anderer Theil des Publikums der Meinung, ehe die Herren die Einladung proklamirt, hätten sie, wie für jede öffentliche Festlichkeit, die nöthige amtliche Erlaubniß einholen müssen. Nur kann man das Verbot mit der Censurertheilung für jene Ankündigungen, in denen die Tendenz des Festes ausgesprochen wurde nicht recht zusammenreimen. Vielleicht ist diese Wendung der Sache für die Stadt im Allgemeinen nicht ohne Vortheil, denn die Extravaganzen Einzelner, die sich oft bei solchen Gelegenheiten nicht vermeiden lassen, brachten bei dem bekannten Ständefest im Jahre 1843 der Stadt eben keinen Nutzen. Allgemein ist es aufgefallen, daß unter den Mitgliedern des Comité's für das projektirte Fest sich auch der Name eines höheren Beamten, des Geheimen Regierungsrath und dermaligen Ehrenmitgliedes des hiesigen Regierungskollegiums, des Herrn von Sybel befindet, da ihm das Gesetz, welches das Verbot veranlassen mußte, kaum unbekannt geblieben sein kann.

Elberfeld, den 11. Juli. (E. Z.) Gestern Abend fand zu Ehren des Erzbischofs v. Geissel ein Fackelzug, an dessen Spitze sich das Musikchor des 8. Husaren-Regiments befand, statt. Die Laternenträger brachten dem Erzbischof mehrere Hochs, worauf dieser, für die Liebe und Anhänglichkeit an die ächt apostolische Kirche und die Ehre, welche deren Kinder ihm erwiesen, dankend, allen guten Christen seinen Segen ertheilte. Dann wurde von oben genanntem Musikchor „Was ist des Deutschen Vaterland" vorgetragen, was sehr kräftig ausgeführt wurde und im Herzen Aller Wiederklang fand. Der Zug begab sich hierauf vor die Wohnung des Oberbürgermeisters, brachte demselben mehrere Hochs und zog dann zu dem Hause des Landraths, wo sich dieselbe Scene wiederholte. So groß auch die Menschenmenge war, fand doch nirgends eine Ruhestörung statt.

Ausland.

Deutschland.

Dresden, den 11. Juli. Unter den Gerüchten, welche, nächst den Maßregeln des Ministers von Falkenstein, dem Gange, welche die Regierung seit seinem Eintritt ins Ministerium genommen und den Verordnungen der in evangelicis beauftragten Minister wegen des Bekenntnisses, im Sommer 1845 am meisten zur Aufregung der Gemüther beitrugen, stand auch das obenan, daß der muthmaßliche Thronerbe, Prinz Albert, ein Jesuiten-Institut, mindestens eine Universität, wie die Münchener, besuchen solle. Verlangte man für Leipzigs Universität die Ehre, den Thronerben zu bilden, so verbag sich hinter diesem etwas engherzigen Sachsenpatriotismus nur schlecht der wahre, d. h. konfessionelle Grund. War man doch in einzelnen Fällen so unschicklich, in Petitionen geradezu ein Bekenntnißwechsel des Prinzen zu beantragen. Die Stimmung ist seitdem eine wesentlich andere geworden, allein das Studium des Prinzen blieb doch Gegenstand vielfacher Diskussion und tausend Zweifel erstanden in der Dunkelheit, welche über den Plan des Vaters und des Hofes herrschten. Seit gestern ist die Sache klar: Das „Tageblatt," dessen Redakteur mit dem Minister des Innern auf vertrautem Fuß steht, verkündete gestern, der Prinz werde die Universität Bonn besuchen. Dem Stocksachsen mag diese Wahl, oder vielmehr die Nichtwahl Leipzigs sehr empfindlich sein; aber gerechtfertigt ist sie durchaus. Wie hart auch das Urtheil ist, welches mit dieser Wahl thatsächlich über Leipzig ausgesprochen ist, es ist wohlbegründet und gerecht Leipzig hat in wissenschaftlicher Beziehung fast nichts zu bieten, was bei der Bildung eines jungen Mannes, dem einst ein Thron bestimmt ist, berücksichtigt werden mußte; es ha tnoch weniger für die Herz- und Charakterbildung eines solchen Mannes zu bieten.

Die bei unserem letztvergangenen außerordentlichen Landtage zur Verhandlung gebrachte Kompetenzfrage, welche durch die im Erfolge ziemlich ähnlichen Verhandlungen beim Preußischen Landtage hier sehr lebhaft ins Gedächtniß zurückgerufen wurde, hat nach Maßgabe der ständischen Beschlüsse jetzt durch Erlaß einer Bekanntmachung des Ministeriums des Innern ihre vollständige Erledigung gefunden. Aus den darin enthaltenen Bestimmungen ist folgendes hervorzuheben: Unsrer Verfassungsurkunde gemäß treten die Abgeordneten der zweiten Kammer in der Regel erst nach dem dritten ordentlichen Landtage aus. Doch kann ihre ständische Berechtigung auch früher erlöschen durch den Tod, durch Entsagung, Verlust der Wählbarkeit, durch Anstellung oder Beförderung im Staatsdienste, oder durch Ausschluß von der Kammer selbst. Es soll nun der an eines solchen Stelle gewähle Abgeordnete nicht erst nach dem dritten ordentlichen Landtage seit seiner Wahl, sondern schon dann austreten, wenn derjenige dessen Stelle er ersetzt, nach der durch das Loos bestimmten Reihenfolge hätte austreten müssen. Es hört ferner die Eigenschaft derjenigen Kammermitglieder, welche bereits drei Landtage hindurch thätig gewesen sind und nun nach dem dritten auszuscheiden haben, nicht sofort mit dem Schlusse dieses Landtages auf, sondern sie dauert bis dahin fort, wo die Ergänzungswahlen vollendet sind, längstens also bis zum nächsten ordentlichen Landtag. Fällt also in die Zwischenzeit ein außerordentlicher Landtag, so können diejenigen, welche bei dem nächsten ordentlichen Landtage nicht wieder erscheinen dürften, weil ihr Mandat abgelaufen ist, doch noch als Mitglieder des außerordentlichen Landtages gültig einberufen werden (Br. Z.)

Darmstadt, den 5. Juli. Bekanntlich hat unsre Regierung das Recht der Urlaubsverweigerung soweit ausgedehnt, daß nicht bloß aktiven Beamten sondern auch Pensionären der Eintritt in den Ständesaal verschlossen wurde; der Grund hierzu kann nur der sein, daß die in Ruhestand Versetzten stets wieder für den Staat in Anspruch genommen werden können. Allein wer vierzig Jahre im Dienste war, der hat Anspruch auf Entlassung von aller Arbeit unter Beibehaltung seines Gehalts, und da tritt jetzt ein interessanter Fall ein, wenn, wie wohl zu erwarten steht, der pensionirte Staatsrath Jaup zum Deputirten erwählt wird; denn wenn wir nicht irren, so ist er vor mehr als vierzig Jahren angestellt worden, und da fragt es sich ob ihm von Neuem der Urlaub versagt werden kann, wie noch vor einiger Zeit geschah. Der Bezirk Homberg, der ihn damals erwählte, hat dann im Hofgerichtsrath Köster einen Vertreter gefunden, von dem zu erwarten ist, daß er es bleiben werde, da er sich durch seinen Antrag auf sofortige Herstellung eines öffentlichen und mündlichen Rechtsverfahrens, und durch seine Nichtbetheiligung bei jener ganz unparlamentarischen Adresse gegen Gagern hinlänglich als einen Ehrenmann von selbstständiger Gesinnung erwiesen hat.

Sonderhausen, den 4. Juli. Am 28. Juni ist unser zweiter ordentlicher Landtag nach dem Landesgrundgesetze vom 24. September 1841 eröffnet worden. Er hat gleich in seiner ersten Sitzung sich für Veröffentlichung seiner Verhandlungen durch den Druck entschieden, und zwar auf von der Regierung selbst geschehene Anregung Wenn man sich die Wirksamkeit des ersten Landtags 1844 und nach einer dreimonatlichen Vertagung 1844 ins Gedächtniß zurückruft, der es sich zur Hauptaufgabe gemacht hatte das oktroyirte Landesgrundgesetz den Prinzipien anderer Verfassungen mehr anzupassen, so darf man sich wohl zu der Hoffnung berechtigt halten, daß auch die gegenwärtige Ständeversammlung, zumal da eben ein so großartiges Beispiel in dem Preußischen Vereinigten Landtage hervorgeleuchtet hat, in ihrer freilich ertensiv viel geringern, intensiv aber doch gleichen Wirkungssphäre sich bewähren werde. Zum Landschaftsdirektor ist Bürgermeister Huschke, von der Ständeversammlung einstimmig an erster Stelle dazu präsentirt, ernannt worden. (D. A. Z.)

Aus Baiern den 9. Juli. Wie man vernimmt, sind in der letzten Zeit mehrere Anfragen und Gesuche wegen Zulassung des Gustav-Adolph-Vereins an die Regierung gerichtet worden. Obschon darauf noch keine Antwort erfolgt ist, so glaubt man doch, daß diesem Wunsche, sofern sich das protestantische Ober-Consistorium dafür ausspricht, kein Hinderniß entgegengesetzt werden wird. — In den westlichen Gegenden Baierns ziehen auswärtige Agenten herum, welche unter glänzenden Vorspiegelungen die Bewohner des flachen Landes zur Auswanderung nach Brasilien zu verlocken suchen. Der Bestimmungsort dieser Auswanderer sollen die Güter des Prinzen v. Joinville seyn, welcher es den Häusern in Havre und Dünkirchen, mit denen er den Lieferungs-Kontrakt abgeschlossen hat, zur Pflicht mache, nur Deutsche zu diesem Behufe anzuwerben. Gewiß muß sich hier zugleich der Gedanke aufdrängen, daß, wenn etwas auf den fraglichen Ländereien zu holen wäre, man dazu in Frankreich selbst Leute genug finden und nicht der Deutschen Bauern bedürfen würde; von den Deutschen hat man aber, wenn, wie vorauszusetzen, der Kolonisationsplan mit

dem Untergange der Angeworbenen enden wird, wenigstens keine Vorwürfe zu fürchten. Wie man hört, hat sich auch das Haus Delrue, dessen Agenten bereits früher aus mehreren Deutschen Ländern ausgewiesen worden sind, bei diesem neuen „Geschäfte" betheiligt.

Oesterreich.

Wien den 11. Juli. Der Herzog und die Herzogin von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg sind hier eingetroffen, wie man glaubt, wegen der Dänischen Thronfolge-Angelegenheit. Auch der ausgezeichnete Redner der Opposition an dem Vereinigten Preußischen Landtage, Freiherr v. Vincke, ist auf einer Reise, wahrscheinlich nach Italien, hier angekommen.

Durch schlecht verzinntes Kupfergeschirr ist in dem hiesigen allgemeinen Krankenhause eine Vergiftung in Masse vorgekommen, so daß bereits 5 Personen an der Vergiftung gestorben sind. Bei der Untersuchung hat sich denn auch ergeben, daß die armen Kranken statt mit Suppe, eigentlich mit warmem Wasser gespeist wurden, und es dürften bei dieser Gelegenheit diverse Unannehmlichkeiten über die Beamten einbrechen.

Wien den 12. Juli. Während in Berlin bereits die Vorbereitungen zur Eröffnung des großen Polenprozesses stattfinden, sind bei uns schon die Akten darüber geschlossen worden. Dem Vernehmen nach sollen drei Hinrichtungen an begüterten Edelleuten aus dem Sandecer Kreise vollzogen werden. Die übrigen, minder gravirten Individuen sind zu mehr oder minder langdauernden Gefängnißstrafen verurtheilt worden. Die so rectificirten Urtheile sind bereits nach Galizien abgegangen, und somit wäre die Episode vom Februar 1846, höchst bedauerlichen Andenkens, als vollkommen abgelaufen zu betrachten. — Nachdem das radical gesinnte Pesther Comitat es rund verweigerte, seine beiden Vice-Gespane, den Grafen v. Nyary und Moritz v. Szentkiolyi, in Betreff der von diesen ausgegangenen, beleidigenden Aeußerungen gegen die Königl. Ungarische Hofkanzlei zu vernehmen, so glaubt man nicht, daß die Regierung desfalls auf der Instruktion eines Majestätsprozesses bestehen werde, da die Aufregung, welche ein solcher Vorgang im Lande hervorbringen würde, nur ungünstig auf den Gang des bevorstehenden hochwichtigen Reichstages zurückwirken möchte.

Frankreich.

Paris, den 11. Juli. Der Moniteur algerien vom 5. Juli berichtet, daß in allen Theilen Algeriens tiefste Ruhe herrsche, nicht aber in Marokko, wo nunmehr Abd el Kader, nach langer Verstellung, und Abd el Rhaman, trotz seiner übermäßigen Vorsicht, in offenem Kriegszustande gegen einander seien. An der Marokkanischen Grenze war das Gerücht verbreitet, daß ein großes Heer im Begriff stehe, von Fez abzugehen, um den Emir zu züchtigen, daß indeß Abd el Kader beschlossen habe, einstweilen sich mehr nach dem Süden zurückzuziehen. Es hat sich das Gerücht verbreitet, die Regierung habe beschlossen, daß ein Französisches Armee-Corps dem Kaiser Abd el Rhaman gegen Abd el Kader zu Hülfe geschickt werden solle.

Wir lesen in dem National: „Man beschränkt sich nicht darauf, die Forts von Chatillon, von Vanves und von Issy zu armiren, sondern es scheint, daß das Ministerium dem Gesetze und dem Beschlusse der Kammer zum Hohn, mit der Armirung aller Forts, welche Paris umgeben, vorschreitet. Seit einem Monat ist die Straße von Lafère nach Paris mit ganzen Zügen von Wagen bedeckt, die Kanonen, Lafetten u. s. w. herbeiführen, die großen Theils im Fort St. Denis abgeladen werden. Andere Zusendungen dieser Art scheinen für das Fort Auberviliers bestimmt zu sein." Die Gutmüthigkeit ist sonst nicht die schwache Seite des National, wenn er sich aber allen Ernstes eingebildet hat, daß man die Pariser Forts baue, um sie unausgerüstet zu lassen, so müssen wir doch darin einen wahrhaft bedenklichen Fall der „bon-hommie" sehen, von welcher er den Deutschen mit rührender Großmuth einen wahren Ueberfluß zuzugestehen gewohnt ist.

Mit Einrechnung der neuen Anleihe von 350 Millionen beläuft sich die konsolidirte Französische Staatsschuld gegenwärtig auf 6,184 Mill. Franken, welche mit 252 Mill. verzinst werden. Die schwebende Schuld wurde von dem Finanzminister selbst für das Ende des laufenden Jahres auf 600 Mill., und für das Ende des bevorstehenden Jahres auf 800 Mill. geschätzt. Gleichzeitig versprach Hr. Dumon, daß die Regierung dem nächsten Landtage unfehlbar die Maßregeln vorlegen werde durch welche das Gleichgewicht zwischen Einnahme und Ausgabe endlich wiederherzustellen sei. Wir bemerken bei dieser Gelegenheit, daß die Englische Staatsschuld sich nach Französischem Geld auf 16 Milliarden beläuft, und mit 574 Millionen verzinst wird.

Es ermangelt keineswegs der Wahrscheinlichkeit, wenn die Times den Angriff der Franzosen auf die Cochinchinesen nicht als eine einzeln dastehende Thatsache betrachtet, sondern darin den Anfang zur Ausführung weiterer Französischer Plane rücksichtlich jener fernen Gegenden Asiens erblickt. Es kann nämlich keinem aufmerksamen Beobachter der Französischen Politik entgehen, daß dieselbe, Englands Beispiel hierin befolgend, dahin strebt, in fernen Weltgegenden festen Fuß zu fassen und dadurch den Grund zu Französischen Besitzungen in denselben zu legen. Das Protectorat von Otaheiti war das letzte Produkt dieser Politik. Es begann eben so, wie jetzt die Cochinchinesische Angelegenheit beginnt. Man fängt mit Klagen über Beleidigungen an, geht bald zum Angriff über und endigt mit der Occupation. Was die Händel mit Cochinchina betrifft, so ist es unschwer, die Absichten der Französischen Regierung zu errathen, welche dort zu erreichen angestrebt werden. Mit Eifersucht sah Frankreich, daß England in China nicht blos mit seinem Handel zugelassen wurde, sondern selbst Land dort gewann. Ersteres will dabei kein bloßer Zuschauer sein, sondern sich in den Stand setzen, im Falle neuer Verwickelungen bei der Hand zu sein, um sie vorkommendenfalls für sich zu benutzen. Darum sucht Frankreich sich jetzt in Cochinchina festzusetzen. Wer hierbei große Gefahr läuft, sind die Französischen Missionare, welche zur Verbreitung des Christenthums sich in Cochinchina befinden. Sie dürften das erste Opfer des Französischen Angriffs und der Cochinchinesischen Rache sein.

Die Französische Regierung bleibt dabei, keinen Botschafter nach Madrid zu senden; und das, was in Spanien vorgeht, rechtfertigt diese Politik. Hr. Guizot ist besonders mit den Ereignissen beschäftigt, die in der Schweiz sich vorbereiten. Man hat bemerkt, daß Hr. Génie, der Chef des Kabinets des Ministers des Auswärtigen, der jedes Jahr eine Erholungsreise macht, dieses Jahr Genf zum Aufenthaltsorte gewählt hat, und man glaubt, daß die Politik dieser Wahl nicht fremd ist.

Spanien.

Madrid, den 5. Juli. Am 30. Juni früh nahmen spanische Tuppen Besitz von den Forts, welche Porto umgeben, und Truppen des englischen Geschwaders besetzten (ocuparon, sagt der spanische Bericht) das Kastell Foz, welches den Eingang des Hafens beherrscht. Nachmittags 3 Uhr rückte der General Concha mit seiner Armee in die Stadt selbst ein. Indem die amtliche Gaceta dieses Ereigniß anzeigt, verkündigt sie zugleich, daß die spanischen Truppen den Auftrag hätten, ebensowohl einer Reaktion vorzubeugen, als dem Aufstande ein Ende zu machen. Die nächste Zukunft wird darthun, welche Früchte diese Intervention dem portugiesischen Throne tragen wird.

Die Diskussionen der hiesigen Presse über den eigentlichen Grund der Zwistigkeiten des Königlichen Ehepaares nimmt eine bedenkliche Wendung. Die dermaligen Minister werfen, wie ich Ihnen anzeigte, alle Schuld auf die Hartnäckigkeit des Königs, der für sich allein die Herrschaft im Palaste in Anspruch nähme, und dem das Ministeium Satomayor dieses Recht zuerkannt hätte. Dem widersprechen nun die Personen, welches dieses Ministerium bildeten, in einem gestern in die hiesigen Blätter eingerückten Artikel. Sie sagen darin: „So lange wir die Ehre hatten die Rathgeber der Königin zu sein, kam es nicht zu unserer Kenntniß, daß ein Streit zwischen dem Königlichen Ehepaar ausgebrochen wäre, weil der König irgend einen Anspruch auf Gewalt, über das Familiengut oder das Hauswesen erhoben hätte." Zu gleicher Zeit erklären die Herren Mon, Pidal, Sanz und Caneja die Angabe, daß der König mit einem solchem Anspruche während ihres Ministeriums hervorgetreten wäre, für irrig. Jedenfalls erhellt aus einem Artikel des Español, das daß Ministerium Sotomayor Schritte, wiewohl vergebliche, that, um eine Wiederaussöhnung des Königlichen Paares herbeizuführen. Es muß also die Zwietracht bereits damals zum Vorschein gekommen sein, und wenn die Veranlassung nicht in den Ansprüchen des Königs auf Vermehrung seiner häuslichen Gewalt lag, wie die abgetretenen Minister vorgeben, so erscheint die schmollende Haltung des Königs entweder als völlig ungerechtfertigt, oder man muß annehmen, daß ihr eine Ursache zum Grunde liege, mit der hervorzutreten weder er noch die Minister für rathsam halten.

Der Faro, das Blatt der Herren Mon und Pidal, scheint sich dessen bewußt zu sein. Die jetzigen Ministe erklären die „Palastfrage" für eine Frage über die Gewalt. Der Faro legt ihr einen anderen Charakter bei, er nennt sie eine „moralische." Der Correo geräth darüber in Unwillen und sagt, das hieße die Königliche Familie auf das gröbste beleidigen und verläumden, wie selbst die Revolution es nie gewagt hätte. Die Minister glaubten, weiteren Erörterungen dieser Art vorbeugen zu müssen. Der hiesige Gese pokitico wurde demnächst vorgestern beauftragt, die Direktoren sämmtlicher hier erscheinender Tagesblätter zu sich zu rufen und ihnen anzudeuten, daß, falls sie fortführen, die persönlichen Angelegenheiten der Königin in den Kreis ihrer Erörternngen zu ziehen, er den Gesetzen gemäß gegen sie einschreiten würde.

Die Herren Mon und Pidal weisen nun auch im Faro den Grund nach, weshalb sie als Minister keinen Ehekontrakt zwischen dem Könige und ihrem jetzigen Gemahl abgeschlossen hätten. Wem fiel es wohl ein, daß es aus Ehrfurcht vor der Krone geschah? Der Infant war Unterthan der Königin. Mit einem ihrer Unterthanen konnte sie aber keinen Kontrakt abschließen, ohne sich herabzuwürdigen. Auf diese Weise belehren die Herren Mon und Pidal die Unwissenden!

Der General Serrano hat jetzt den ganz in der Nähe des Königlichen Schlosses belegenen Palast des in Paris lebenden Herzogs von Granada bezogen und prachtvoll einrichten lassen. Seine Mutter hat das Band des Louisen-Ordens erhalten.

Es ereignen sich hier die sonderbarsten Dinge, über die man, je nach eigenthümlicher Stimmung, lachen oder weinen muß. Die Gunst der Gebieterin ist so launig wie Aprilwetter. Während der Gemahl, die nächsten Verwandten, zurückgesetzt, entfernt, gewissermaßen verbannt werden, sammeln sich eine Schaar von Glücksrittern aller Art um die leuchtende Sonne der Quadrupeln und — Cigarren. In der That sind die letzten nebst Goldstücken und Orden zu öffentlichen Auszeichnungsgegenständen erhoben worden. Der Generalkapitän von Madrid hat zum Zeichen höchster Zufriedenheit mit seinem Verfahren gegen den Infanten Paula ein Päckchen von 50,000 Cigarren erhalten. Zur Schonung seiner Gesundheit ist er jedoch nicht gezwungen, dies Cadeau allein zu consumiren, vielmehr ist ihm die Bewilligung geworden, einen Theil davon den Offizieren der Besatzung zukommen lassen zu dürfen. Inzwischen hat der vorgenannte Prinz die Erlaubniß erhalten, noch einige Tage in der Hauptstadt verweilen zu dürfen. Dann aber muß er unwiederruflich in's Seebad, um seine Gesundheit zu stärken. — Die Guilleras-bande des sogenannten Studenten hat sich nach ihrer Niederlage bei Cerezo, am 30. Juni, in's höhere Gebirge geworfen und scheint sich defensiv verhalten zu wollen.

(Beilage.)

Großbritannien.

In der Sitzung des Hauses der Gemeinen vom 6. Juni forderte Lord G. Bentnick die Minister auf Alles zu thun, was nöthig sei, um den Britischen Unterhanen, welche Inhaber unbezahlter, Spanischer Pfandbriefe sind, zu ihrem Recht zu verhelfen; man möge deßhalb eine Adresse an die Königin richten. Palmerston entgegnete: daß er aus politischen Gründen eine solche Adresse, welche der Regierung eine zu große Verantwortlichkeit aufbürde, ablehnen müsse; die Zeit wo man den Britischen Unterthanen zu ihren Forderungen verhelfen werde, sei noch nicht da, werde aber gewiß kommen. Uebrigens schob er die schlechte Finanzverwaltung Spaniens in gewohnter Weise der Eifersucht Frankreichs zu, welches nicht leiden wolle, daß sich der Handel Spaniens entwickele.

Belgien.

Brüssel, den 8. Juli. Die „Tribune" von Lüttich sagt: Es muß der Geist der Ordnung und Gesetzlichkeit tiefe Wurzeln in Belgien geschlagen haben. Seht: die liberale Meinung siegt in den Wahlen, die Minister ziehen sich zurück, alle legen ihre Portefeuilles nieder; die Verwaltung ist nun so zu sagen durch diese Krisis eingestellt. Der König reist nach London ab; er schiebt die Zusammensetzung eines neuen Kabinets bis nach seiner Rückkehr auf. In jedem anderen Lande würde ein solcher Zustand nicht ohne Gefahren sein. Die politische Ungewißheit hätte sich durch Unruhen Luft machen können, die schlechten Leidenschaften hätten die allgemeine Ungeduld auszubeuten gesucht. Bei uns ist nichts derartiges vorgefallen. Man erwartet mit Ruhe und Vertrauen die Rückkehr des Königs. Man hat die Feindseligkeiten eingestellt, kaum stören noch einige Scharmützel des Nachtrabes das Stillschweigen der Parteien. Ein Volk, welches sich so benimmt, ist würdig unter freier Verwaltung zu leben. Es zeigt durch seine gemäßigte Haltung, daß es Zutrauen hat zu der Ordnung der Dinge die es gegründet. Das Volk wird in seinen Erwartungen nicht getäuscht werden: der König wird ihm gewiß die gebührende Genugthuung verschaffen.

Brüssel, den 11. Juli. Der König reist heute mit einem besondern Eisenbahnzuge nach Paris, doch wird seine Abwesenheit von nicht langer Dauer sein; vorgestern hat derselbe den neuen Preußischen Gesandten, Baron von Seckendorf, zum ersten Mal empfangen und ihn am andern Tage mit seiner Gemahlin und dem Legationssekretair Graf Henkel von Donnersmark zur Tafel gezogen. — Bezüglich der Bildung des neuen Ministeriums spricht man jetzt wieder davon, daß erst am Schlusse der Sitzungen der Provinzialstände, welche jetzt eröffnet sind, eine Entscheidung erfolgen wird.

Nicht wenig Staunen hat die eben im Moniteur veröffentlichte Ernennung eines Belgischen Gesandten in Rom und zwar in der Person des Hrn. Van der Straten de Ponthoy erregt. Man ist der Ansicht, daß ein Ministerium, welches in extremis liegt, sich aus Schicklichkeitsgefühl solcher wichtigen Handlungen, wie die Ernennung eines Gesandten, enthalten sollte. Hr. Van der Straten de Ponthoy ist einer der unfähigsten und verdienstlosesten Männer der Belgischen Diplomatie, und als solcher wäre es kaum möglich, daß das eintretende liberale Kabinet ihn auf seinem Posten ließe. Diese Ernennung bereitet also der liberalen Verwaltung ein Hinderniß mehr, und giebt den Antiliberalen Scheingründe zu Anklagen gegen das neue Kabinet für den Fall, daß dasselbe es nöthig erachtet, im Interesse der wichtigsten Beziehungen Belgiens zu Italien, Hrn. Van der Straten abzuberufen.

Der Moniteur erklärt, daß in Folge einer Untersuchung der häufigen Krankheiten, welche im Sommer die Armee heimsuchten, der Kriegsminister die Uebungen am vollem Tage, trotz der Hitze, statt am frühen Morgen befohlen, indem es sich ergeben habe, daß eben das frühe, nüchterne Ausrücken, oder, was noch schlimmer sei, der frühe Genuß des Branntweins und der Mangel an hinreichender Ruhe die Spitäler im Sommer überfüllte.

Italien.

Französische Blätter schreiben aus Turin: „Wir sind mit einer neuen Reaktion zu Gunsten der Jesuiten bedroht. Die freisinnigen Blätter der Römischen Staaten und Toskana's sind verboten und die hier erscheinenden Letture di famiglia unterdrückt. Unsere Revüe l'Antologia wird dasselbe Schicksal theilen. Nach der Grenze hat man strenge Befehle abgeschickt, um das neue Werk des Abbate Gioberti „der Jesuit der Neuzeit" fernzuhalten. Schließlich ist auch die Rede vom Rücktritt des Hrn. Villamarina, des Kriegsministers, eines freisinnigen und von seinen Mitbürgern verehrten Mannes.

Schweiz.

Von der Schweizergrenze, den 6. Juli. Alle Stimmen welche aus den verschiedenen Kantonen kommen, lassen jetzt auf einen Ausbruch des Bürgerkrieges schließen, wie weit man auch denselben vor einigen Wochen noch entfernt glaubte.

Bern, den 6. Juli. Der Sonderbund hat gestern dem Eröffnungsdiner der Tagsatzung nicht beigewohnt, weil Gonzenbach, den sie bei der vorletzten Wahl nicht wieder wollten, dießmal durchgefallen ist. Dieses Verfahren hat die hiesigen Conservativen in große Verlegenheit gesetzt.

Bern, den 8. Juli. Wie verlautet, ist gestern eine Note von Hrn. Guizot angekommen, in welcher er das von seinem Gesandten Bois-le-Comte eingeschlagene Verhalten billigt und nur 22 Cantone anerkennen will. Der Bundes-Präsident soll sie wegen Unförmlichkeiten refusirt haben. Es heißt auch, die wichtigen Fragen werden so bald als möglich vorgenommen werden.

Zürich. — Am 7. Juli ist der Königlich Preußische Gesandte bei der Eidgenossenschaft, Herr von Sydow, in Zürich angekommen.

Aus dem Jura. Im Augenblick, wo die Tagsatzung sich versammelt, ergreifen unsere Geistlichen die niedrigsten Mittel, um das Volk zu fanatisiren. Die Religion ist wieder in Gefahr, und um dieselbe zu erhalten, werden Gebetzettel voll jesuitischen Geistes unter die Massen vertheilt.

Der „Thurgauer Wächter" macht folgende Bemerkungen: Die Tagsatzung ist eröffnet. Was wird in der wichtigsten Frage, die alle Gemüther in Spannung hält, in Sachen des Sonderbundes, geschehen? Auf diesem eidgenössischen Tage etwas — und nichts. Der Sonderbund wird für aufgelöst erklärt werden; dafür haben wir 12 Stimmen. Die Sonderbündler werden dagegen protestiren; das liegt im Wesen ihrer Instruktionen. Dem Auflösungsbeschluß wird keine Vollziehung auf der Stelle folgen, bestehe sie in diesem oder jenem Akte; das hindern die verklausulirten Instruktionen mehrerer Stände. Dann haben wir das traurigste Beispiel der Bundesunmacht auf's Neue vor Europa zur Schau getragen. Die Folgen werden schwer sein für die Zustände der Schweiz; das Volk wird einmal wissen wollen, woran es ist; es wird auf diesem Wege zum Handeln gedrängt. Nach unserer Ansicht läge daher in einem Gehenlassen der Sache bis übers Jahr die unverzeihlichste Sorglosigkeit. Die Tagsatzung möge sich permanent erklären, bis durch definitive Beschlüsse der verklausulirenden Stände die Angelegenheit zum Abschluß gebracht werden kann.

Basel, den 10. Juli. Nach dem „Wächter des Uri" werden sich in den Urkantonen nun auch die Frauen militairisch organisiren. Es ist dazu bereits ein Aufruf erfolgt und 672 Frauen und Töchter sind bereits organisirt und verstehen die Gewehre und Stutzen zu gebrauchen.

Rußland und Polen.

St. Petersburg den 9. Juli. Ein Kaiserl. Befehl befreit die Bewohner von Transkaukasien, die Rang und Orden, wenn auch nicht im aktiven Dienst, empfangen haben, von der Steuerpflichtigkeit, gleichwie ihre nach jener Zeit geborenen Kinder.

Vermischte Nachrichten.

Berlin, den 11. Juli. Daß man ein guter Professor und dennoch ein schlechter National-Oekonom sein kann, beweisen auch die Professoren der Deutschen Zeitung, welche über das Votum unserer Herren-Kurie begeistert sind, weil sie den Schutz des Gewerbfleißes gegen das Ausland vermittelst Schutz-, Rück- und Differentialzölle befürwortet haben. Die letzte Sitzung unserer Stadtverordneten, deren Verhandlungen uns die hiesigen Zeitungen gestern mittheilten, liefern uns ferner den Beweis, daß man ein guter Stadtverordneter sein kann, jedoch nicht über volkswirthschaftliche Fragen zu urtheilen versteht. — Die Stadtverordneten beschlossen nämlich:

„Die Staatsbehörden um die Ergreifung geeigneter Maßregeln zur Herstellung angemessener Fleischpreise zu bitten."

Unsere Fleischpreise sind seit einigen Monaten um circa 1 Sgr. pro Pfd. gestiegen, wobei die Fleischer angeblich weniger verdienen, als früher. Das gefällt ihnen nicht, und sie petitioniren an die Stadtverordneten. Diese essen gern ihre Braten so billig wie möglich, und beschließen, es müssen durchaus billige Fleischpreise hergestellt werden. Denkt nur, sagen die Stadtverordneten, wie sehr die arbeitenden Klassen unter den jetzigen Preisen leiden müssen, daß dies selbst auf die inländische Industrie von nachtheiligen Folgen sein kann, daß die verminderte Fleisch-Consumtion eine vermehrte Consumtion von Brod und Kartoffeln bedingt, und dies wieder auf die Preise der Cerealien ungünstig einwirken muß*).

Berlin. — Vor Kurzem fand hier eine sogenannte „Türkische Nacht" in dem bekannten Güntherschen Belustigungslokale statt. Der türkische Gesandte, neugierig zu erfahren, was doch wohl so eine türkische Nacht in Berlin zu bedeuten habe, begab sich mit seinem ganzen islamitischen Personale nach dem Günther-

*) Hierzu erlauben wir uns einige Bemerkungen zu machen. Wenn die Englischen Viehaufkäufer sich von Mecklenburg und Holstein nach Preußen wenden, so kann das für unsere Landwirthe nur höchst erfreulich sein. Wenn nun aber allein in Berlin an einem Tage manchmal 250 gemästete Ochsen aufgekauft werden, so ist klar, daß die ohnedies hohen Fleischpreise eine noch bedeutende Steigerung erfahren müssen. Der hohe Eingangszoll von fünf Thalern für den podolischen Ochsen ist nicht im Stande gewesen bei uns ein gutes und preiswürdiges Fleisch in angemessener Quantität durch die lange Reihe von Jahren herzustellen. Auf den Antrag des Breslauer Magistrats, daß die Quarantaine-Maßregeln für das aus Polen und Oesterreich eingebrachte Vieh, so wie die Eingangssteuer für dasselbe aufgehoben werden möchte, hat der Ober-Präsident erwiedert: „obgleich die Rinderpest in Polen und Galizien noch nicht ganz verschwunden sei, so solle doch, da die inficirten Orte sehr fern von der diesseitigen Grenze liegen, der Eintritt des Polnischen und Oesterreichischen Landviehes ohne die 21tägige Quarantaine zugelassen werden, dagegen könne dasselbe für das Vieh aus den Steppengegenden nicht aufgehoben werden. Die Aufhebung des Eingangszolles könne ebenfalls nicht stattfinden, da eine angebliche Besorgniß erregende Preiserhöhung des Rindfleisches und eine Abnahme der Fleisch-Consumtion nach den amtlichen Tabellen sich nicht herausgestellt habe und eine Preisermäßigung für Rindfleisch nicht den Armen zu Gute komme, da diese sich mehr an Schweinefleisch hielten." Da das Schweinefleisch in den Städten im Preise am höchsten steht, so möchte sich die letzte Bemerkung wohl nur auf Landbewohner beziehen lassen; für die Städter ist Rindfleisch das wichtigste. Wie lange unsere Landwirthe ergiebigere Hülfsquellen, als die Anzucht von Schlachtvieh haben, so lange können Schutzzölle nur nachtheilig sein sowohl für die Staats-Kassen als auch für den Staatsbürger. Man lasse das Schlachtvieh frei ein- und gegen einen mäßigen Zoll ausführen, so wird beiden gründlich gedient sein.

Die Redaction.

schen Lokale. Jedoch entfernte er sich bald wieder; er scheint also das nicht gefunden zu haben, was er gesucht.

Neuenburg. In unserem Kanton ist in der Uhrenfabrikation ein Stein in Anwendung gekommen, welcher eine große Rolle spielen wird. Er ist von schwärzlicher Farbe und undurchsichtig, von krystallischem und porösem Bruche, der im äußern viel Aehnliches mit kleinen Stückchen von Anthracit hat. Dieser Stein ist so hart, daß er mit Leichtigkeit selbst den Diamant schneidet. Die Neuenburger Uhrenfabrikanten bedienen sich desselben jetzt, um ihre Edelsteine zu bearbeiten, während sie bis dahin nur das Diamantenpulver zu diesem Zwecke gebrauchen konnten, das ihnen aber die doppelte Arbeit und die doppelten Unkosten verursachte. Es bildet dieser Stein den Uebergang vom Anthracit zum Diamanten. Er ist von den Engländern entdeckt worden, wahrscheinlich in der Chinesischen Tartarei. Sie verbergen aber den eigentlichen Fundort, um die Konkurrenz der Ausfuhr zu verhüten. Am füglichsten könnte man diesen Stein den schwarzen Diamanten nennen.

Die böse Zeit hat das Gute, daß man den Müllern und Bäckern allenthalben auf dem Dache ist. Im Mecklenburgischen vorzüglich hat man alle Müllerschliche aufgedeckt und drucken lassen, und man hat einen Tag zu thun, um sie alle durchzulesen. In andern Gegenden ist man mehr hinter den Bäckern her.

Ein neulich zu Clermont verstorbener Gutsbesitzer hat sein ganzes Vermögen, im Betrage von mehr als einer Million Frs., einer jungen Magd vermacht, die bei ihm diente. Um die Kosten des Prozesses bestreiten zu können, den, wie er richtig voraussah, seine Verwandten gegen sie einleiten wollen, gab er ihr schon früher 100,000 Fr. in Banknoten.

Theater.

Vorgestern wurde bei ausgezeichnet schönem Wetter in unserem Sommertheater Bauernfelds ansprechendes Lustspiel „die Bekenntnisse“ recht gut gegeben. Besonders zeichnete sich Hr. Goppe in der Hauptrolle des Barons aus, sowie auch Dem. Clausius ihre Rolle sehr ansprechend gab und die Krakauer Hochzeit recht brav ausgeführt wurde. Auffallend war es, daß das Publikum sich weniger zahlreich eingefunden hatte, als es diese neue Unterhaltungsweise wirklich verdient. Kann denn bei uns nichts recht gedeihen?

Sommer-Theater im Odeum.

Dienstag den 20. Juli: Der Vetter aus Bremen; ein Spiel in Versen in 1 Akt von Th. Körner. — Hierauf zum Zweitenmale: Die Maskerade im Dachstübchen; Schwank in 1 Akt, frei nach dem Französischen von C. Meixner. — Zum Schluß: Polnische Vorstellung.

Bekanntmachung.

Der Bürger und Eigenthümer Michael Woyciechowski zu Wongrowiec ist durch ein Kontumazial-Erkenntniß des unterzeichneten Gerichts vom heutigen Tage für einen Verschwender erklärt worden, weshalb das Publikum gewarnt wird, demselben keinen Kredit zu geben.

Bromberg, den 15. Juni 1847.

Königliches Ober-Landesgericht.
I. Senat.

Oeffentliche Bekanntmachung.

In dem wechselseitigen Testamente des Destillateurs George Friedrich Hartmann, und seiner Ehefrau, Maria Elisabeth gebornen Fleischer zu Rawicz, vom 13ten Juli 1843, ist der Sohn Ferdinand Adolph Hartmann von der Erbschaft ausgeschlossen worden. Dies wird dem Letztern, da sein Aufenthalt unbekannt ist, nach dem erfolgten Tode seines Vaters, hierdurch bekannt gemacht.

Rawicz, den 17. Juni 1847.

Königl. Land- und Stadtgericht.

Einem hohen Adel und geehrten Publikum mache ich die ergebene Anzeige, daß ich im hiesigen Orte am Sapieha-Platz No. 6.
ein Wein-, Material- und Wachswaaren-Geschäft
etablirt und eröffnet habe. Um geneigten Zuspruch bittend, versichere ich, einen Jeden meiner geehrten Abnehmer durch reelle und pünktliche Bedienung zufrieden zu stellen. Carl Kleemann.

Breslauerstraße No. 4.
sind alte Mauersteine zu verkaufen.

Der vielen mir gewordenen Aufträge halber werde ich noch bis zum **25sten** d. M. hier verweilen.

D. Köhn, Großherz. Hof-Opticus aus Mecklenburg-Schwerin,
logirt im Hause des Herrn Zupański, alten Markt No. 58.

Markt No. 95/96.

sind von Michaelis d. J. mehrere kleine Wohnungen von 40 bis 65 Rthlr., und der Hausflurladen, zu vermiethen. Das Nähere erfährt man in der Leinwand- und Tischzeug-Handlung von
Jacob Königsberger.

P. S. Der Hausflurladen eignet sich besonders zu einem Tabak- und Cigarrengeschäft.

Die Verlegung meines Licht- und Seifengeschäfts von Breitestraße No. 12. nach Graben- und Gerberstraßen-Ecke No. 40. in das Schuhmannsche Haus zeige ich hierdurch ergebenst an.

Auch ist das von mir bis jetzt bewohnte Lokal sofort oder von Michaeli ab zu vermiethen. Nähere Auskunft ertheilt Rudolph Rehfeld.

Ein vollständiges Material-Laden-Repositorium nebst Schankgeräthschaften, bestehend in Ovalfäßchen mit messingenen Hähnen, Flaschen und vollständigen Mäßen, stehen zum billigen Verkauf; und eine möblirte Stube für einzelne Herren, mit oder auch ohne Betten, ist billig zu vermiethen, Juden- und Dominikanerstraßen-Ecke No. 352. bei
G. Salomon.

In dem Hause **Markt- und Wronkerstraßen-Ecke No. 91.** ist von Michaelis c. ab der **Laden**, in welchem gegenwärtig die Herren Gebrüder Krain ein Kolonial-Geschäft betreiben, zu vermiethen.

Breslauerstraße No. 4.
ist ein großer Laden nebst dazu gehöriger Wohnung, so wie die Bel-Etage von Michaeli ab zu vermiethen.
C. Blau.

Im Hause der Berliner-Straße No. 28. ist eine kleine möblirte Wohnung nebst Pferdestall, so wie eine größere Wohnung mit zwei Eingängen im 3ten Stock zu vermiethen.

Zur freundlichen Beachtung.

Es sind zeither mehrere Fälle vorgekommen, wo Tabake, die unser Etiquette tragen, mit keinem Namen versehen waren. Diese Auslassung geschieht offenbar von Winkelfabrikanten, die das Publikum täuschen wollen, um **ihre** Tabake für die unsrigen desto leichter unterschieben zu können.

Wir glauben unsere geehrten Abnehmer hierauf aufmerksam machen zu müssen, und bitten deshalb, genau auf unsere Firma zu achten, da jedes Tabaks-Paquet mit derselben deutlich versehen ist.

Hauptsächlich findet ein großer Mißbrauch mit dem Etiquet unsres Holländischen Canasters statt, welches dem unsrigen täuschend nachgemacht, aber keinen Namen trägt, den die Raucher zu übersehen pflegen, und somit benutzen dies die Winkelfabrikanten zum Nachtheil der Käufer.

Wir wiederholen daher, daß auf diesem unseren
Holländischen Canaster
unsere Firma „Ermeler & Comp.“
fünfmal abgedruckt, und da wo diese Firma fehlt, der Tabak unächt und nicht aus unserer Fabrik ist. In den übrigen Tabaken, z. B.
Ermelerscher Rauchtabak No. 6. ꝛc.,
welche in weiß Papier eingeschlagen sind, ist überdies noch unsere Firma als Wasserzeichen im Papier, welches geneigst zu beachten bitten.

Da diese Anzeige gewiß im Interesse aller Raucher liegt, so glauben wir um so weniger Anstand nehmen zu dürfen, dieselbe zur öffentlichen Kenntniß zu bringen. Berlin, 1847.

Wilh. Ermeler & Comp.

Anzeige.

In Folge der zurückgegangenen Spiritus-Preise und der Aussicht zu einer günstigen und ergiebigen Erndte, bin ich auch veranlaßt worden, die Preise meiner destillirten Fabrikate zu erniedrigen und finden vom 15ten dieses Monats nachbenannte Preise statt:

Einf. Kornbranntwein	40 %	das Quart 4½ Sgr.
Gereinigter dopp. Korn	45 %	dto. 5 Sgr.
Einf. Kümmelbranntwein		dto. 5½ Sgr.
Alle doppelten weißen und couleurten Branntweine, das Quart		6½ Sgr.
Extra feine Branntweine, das Quart		8½ Sgr.
Extra feine Liqueure		dto. 11 Sgr.
Brenn-Spiritus à 80 % Tralles, einzelne Quarte		9 Sgr.

Spiritus vini, à 90 % Tr., einz. Quarte 10 Sgr.

Außerdem empfehle ich mein bedeutendes Lager von feinen weißen und braunen Jamaika-Rums zu den Preisen von 10 Sgr., 12 Sgr., 15 Sgr., 17½ Sgr., 20 Sgr., 25 Sgr. und 1 Rthlr. pro Quart incl. Flasche, welche alle mit meinen Etiquetten und Siegel nebst ganzer Firma versehen sind. Ferner weißen und braunen **Punsch-Extract**, à Quart 20 Sgr. incl. Flasche. Derselbe ist auch in versiegelten □ ½ halben à 10 Sgr. und ¼tel à 5 Sgr. Flaschen zu haben.

Posen, den 15. Juli 1847.

C. F. Jaenicke.

Es ist mir gelungen, einen Transport Podolischer Fett-Ochsen persönlich zu kaufen. Mit dem Fleisch-Verkaufe werde ich am Montage den 19ten d. Mts. beginnen. Das Pfund kostet 4 Sgr.
Philipp Weitz jun.,
Jüdische Fleischbank, die erste am Eingange links.

Dienstag am 20sten Juli c. bei günstigem Wetter: Garten-Konzert. Anfang halb 6 Uhr Abends.
Die Direktion des geselligen Vereins im Logen-Lokale.

Einladung.

Einem hochgeehrten Publikum hiermit die ergebene Anzeige, daß die Tabagie im Gerhardtschen Garten (kleine Gerberstraße) dem öffentlichen geselligen Verkehr geöffnet ist, und mein Streben dahin gerichtet seyn wird, allen soliden Wünschen zu entsprechen. Wedel.

Börse von Berlin.

Amtlicher Fonds- und Geld-Cours-Zettel.

Den 15. Juli 1847.	Zins-Fuss.	Preus. Cour Brief.	Geld.
Staats-Schuldscheine	3½	93 7/12	93 1/12
Präm.-Scheine d. Seehdl. à 50 T.	—	—	90⅝
Kur.- u. Neum. Schuldversehr.	3½	—	88¾
Berliner Stadt-Obligationen	3½	93	—
Westpreussische Pfandbriefe	3½	93⅝	—
Grossherz. Posensche Pfandbr.	4	102½	102
dito dito dito	3½	93½	93
Ostpreussische dito	3½	—	96¾
Pommersche dito	3½	95	—
Kur- u. Neumärkische dito	3½	94¾	—
Schlesische dito	3½	—	97
dito v. Staat. g. Lt. B.	3½	—	—
Friedrichsd'or	—	13 7/7	13 1/7
Andere Goldmünzen à 5 Thlr.	—	11 11/12	11 6/12
Disconto	—	3½	4½
Actien.			
Berl. Anh. Eisenbahn Lit. A. B	—	119½	—
dto dto. Prior. Oblig.	4½	—	—
Berlin-Hamburger	4	109	108
do. Priorität	4½	101	100½
Berlin-Potsd.-Magdeb.	4	—	102½
dto. Prior. Oblig.	4	—	93
dto. dto. dto.	5	102	—
Brl.-Stet. E. Lt. A. und B.	—	114¾	113¾
Bonn Kölner Eisenbahn	5	—	—
Bresl.-Schweid.-Freibg.-Eisenb.	4	—	100¾
dito. dito. Prior. Oblig.	4	—	—
Köln Mind. v. e.	4	97⅝	96⅝
Düss. Elb. Eisenbahn	—	—	104
dto. dto. Prior. Oblig.	4	92½	92
Magdeb.-Halberstädter Eisenb.	4	114½	—
Magd. Leipz. Eisenbahn	—	—	—
dto. dto. Prior. Oblig.	4	—	—
Niederschl.-Märk.	4	91¼	90¼
do. Priorität	4	93¾	93¼
do. Priorität	5	—	102
Nied.-Mrk. Zwgb.	4	—	—
do. Priorität	4⅓	—	—
Ob.- Schles. Eisenbahn Lt. A.	4	—	107½
do do. Prior.-Obl.	4	—	—
do. do. Lt. B.	—	102	101
Prinz Wilh. (Steele-Voh.)	4	79¾	—
dto. Priorität.	5	100¾	100¼
Rhein. Eisenbahn	—	87½	86½
do. Stamm-Prior. (voll eingez.)	4	—	91¼
dto. dto. Prior. Oblig.	4	—	90
Thüringer	4	97¾	96¾
Wilh.-B. (C.-O.)	4	87	86
dto. dto. Priorität	5	—	102½